# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 23 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 27. Januar 1933


## Das heiße Eisen.

Gewiß braucht man nicht zu überschätzen, was zur Zeit in Genf allerhand Sonder- und Unterausschüsse behandeln und beschließen; denn die endgültigen Behandlungen und Beschlüsse erfolgen doch erst in den Vollversammlungen, und deren Zusammentritt steht vorläufig noch in weitem Feld. So tagt jetzt erst mal das „Präsidium" der Abrüstungskonferenz, aber vorläufig ist für die Tagung nicht etwa dieser Konferenz selbst, sondern erst mal ihres Hauptausschusses der Dienstag nächster Woche vorgesehen. Und wegen des chinesisch-japanischen Streits im Fernen Osten quälte sich auch eine besondere Kommission ab, die zunächst einmal ein Redaktionskomitee einsetzen will, das „Richtlinien für die Schlußfolgerungen aus dem Bericht des Ausschusses" ausbecken soll, auf daß man weiß, wie man den Bericht beraten und abschließen kann. Nur der Völkerbundrat ist bei der Redearbeit, und dabei wurde ein Thema behandelt, das aus ganz anderen, vielleicht überraschend eintretenden Gründen für Deutschland sehr aktuell werden könnte: das Problem der „Mandate" über die früheren deutschen Kolonien. Denn zu diesen Mandataren über gewisse Teile des früheren deutschen Kolonialbesitzes in der Südsee gehört auch Japan.

Das „Land der aufgehenden Sonne" hat in Genf oft genug verlauten lassen, es werde aus dem Völkerbund austreten, wenn dieser sich dem Aufgeben der japanischen Sonne über der Mandschurei und anderen Teilen Nordostchinas durch einen Beschluß entgegenstellen würde. Zu irgendeiner Entscheidung muß man aber in Genf doch mal kommen, und der obenerwähnte Ausschuß der Völkerbundversammlung will das auch tun, so peinlich ihm das sein mag. Die von ihm ausgearbeiteten Vermittlungsvorschläge sind aber von Japan restlos abgelehnt worden, weil es unverrückbar auf dem Standpunkt steht, daß die Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung des Mandschureistaates in dem etwaigen Beschluß des Völkerbundes gar nicht berührt werden dürfe. Da nun diese Vermittlungsaktion gescheitert ist, so bleibt der Völkerbundversammlung schließlich nichts anderes übrig als gemäß Artikel 15 des Völkerbundstatuts einen Bericht einstimmig oder durch Mehrheitsbeschluß zu veröffentlichen, „der die Einzelheiten der Streitfrage wiedergibt und die Vorschläge, die sie als die zur Lösung der Frage gerechtesten und geeignetsten empfiehlt". Das wird im Ausschuß vorbereitet. Wird der Bericht aber nicht einstimmig angenommen, dann — kann jeder Völkerbundstaat in der ganzen Frage tun und lassen, was ihm beliebt! Aber auch ein solcher Beschluß wäre zum mindesten ein „Werturteil", das sich gegen Japan richten und dieses Land, seinen früheren und jetzt wiederholten Drohungen entsprechend, zum Austritt aus dem Völkerbund veranlassen könnte. Es könnte aber auch drinbleiben und auf den Beschluß einfach — „pfeifen". Was auf das an und für sich recht mangelhaft entwickelte Prestige des Völkerbundes nicht gerade vorteilhaft wirken würde. Aber es ist eben ein bißchen schwerer, mit den geistigen Krüppelgeburten eines Wilson gegen eine sich nicht fügende Großmacht anzugehen, als z. B. Dekrete über und gegen das ohnmächtige Deutschland loszulassen. Das weiß man eben auch in den Genfer Konferenzsälen sehr genau, heute ebenso wie am nächsten Dienstag, wenn der Völkerbundrat zusammentreten und das heiße mandschurische Eisen anfassen soll.

Tatsächlich wird aber schon hier und da mit der Frage gespielt, was denn nun geschehen soll, wenn Japan wirklich ausscheidet und damit die „Mandate" über gewisse deutsche Kolonien — theoretisch-rechtlich — verlieren würde. Nun waren die Japaner ja schon längst im Besitz dieser Kolonien, als 1922 die Mandatsfrage vom Völkerbund „geregelt" wurde. Deutschland hatte dabei dem Versailler Diktat gemäß nichts zu sagen. In Genf aber hat man mittels einer besonderen Kommission doch — theoretisch-rechtlich! — an dem Mandatscharakter festzuhalten versucht und sehr häufig Mandatsfragen im Rat behandeln lassen. Wenn nun — praktisch! — Japan nach seinem Austritt aus dem Völkerbund auch auf diesen Mandatscharakter „pfeifen" und die Kolonien einfach behalten würde, dabei auch die letzten Rücksichten fallen ließe? Wir müßten uns dann unsere Kolonien — selbst zurückerobern, wenn wir sie wiederhaben wollten; denn der Völkerbund würde uns bestimmt nicht dazu verhelfen. Ganz im Gegenteil, — man würde in Genf durchaus nicht weinen, wenn Deutschland einen separaten Streitfall mit Japan erhielte und man daher den ganzen Streit zwischen Genf und Tokio sozusagen auf unserem Rücken austragen könnte. Wir sind vielleicht überhaupt schon viel zu tief in diese machtpolitischen Auseinandersetzungen verwickelt, wobei wir es sehr bald mit einer, des öfteren aber auch gleich mit beiden Seiten verderben können, — ohnmächtig wie wir sind! Und das Prestige des Völkerbundes zu retten, ist Deutschland doch wohl zu allerletzt gewillt!

**Fördert die Ortspresse**

# Und wieder Aeltestenrat.

## Schleicher fordert Klärung.

**Die parlamentarische Lage.**

Der Aeltestenrat des Reichstages, der am Freitag nachmittag um 3 Uhr zusammentreten soll, findet nach wie vor eine ungeklärte Lage vor, wie bei seiner Sitzung vor acht Tagen. Die Verschiebung hat also wenig genützt. Verschiedene Reichstagsfraktionen haben noch für Freitag vormittag Sitzungen anberaumt, um endgültige Beschlüsse über ihre Haltung zu fassen.

**Staatssekretär Planck wird, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in der Sitzung des Aeltestenrats im Namen der Reichsregierung nochmals eine volle und klare Entscheidung fordern. Auch eine Vertagung aus vorgeschobenen technischen Rücksichten würde der Absicht der Reichsregierung widersprechen.**

Von sonst gut unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß der Reichstag wie geplant am 31. Januar zusammentreten wird. Dem Reichskanzler wird Gelegenheit gegeben werden, die Erklärung der Reichsregierung über die von ihr beabsichtigte Führung der Politik dem Reichstag bekanntzugeben. Man glaubt allgemein, daß auch die verschiedenen Fraktionen zu der Regierungserklärung Stellung nehmen werden. Ob es dann aber zu einer Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge kommen oder etwa eine Vertagung des Reichstags auf einige Zeit eintreten wird, ohne eine Entscheidung für oder gegen das Kabinett Schleicher herbeizuführen, steht noch nicht fest.

Diese Haltung des Reichstags dürfte nicht zuletzt abhängig gemacht werden von dem Ergebnis der Verhandlungen, die die Parteien zur

**Bildung einer neuen Regierung**

seit geraumer Zeit führen. Es ist bekannt, daß solche Verhandlungen namentlich zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen gepflegt werden, wobei die Deutschnationalen das Ziel verfolgen, die Nationalsozialisten mit an die Verantwortung zu bringen.

In Kreisen der Reichsregierung erklärt man nach wie vor, daß Reichskanzler von Schleicher auf eine umgehende Klärung dränge, womit man zum Ausdruck bringen will, daß der Reichskanzler für den Fall eines drohenden Mißtrauensvotums oder für den Fall einer Verschleppung der Reichstagsentscheidung ohne ausgesprochene Tolerierung der Regierung

**die Auflösungsvollmacht erhalten**

und von ihr Gebrauch machen werde. Es dürfte aber ausschließlich von dem Reichspräsidenten selbst abhängen, ob er überzeugt ist, daß sich eine breitere, wenn auch nicht parlamentarisch voll ausreichende Basis für eine andere Regierung finden läßt, die endlich die Nationalsozialisten zur Regierungspartei macht, oder ob er es bei der gegenwärtigen Lösung belassen, dann ihr aber auch alle und notfalls über die bisher gewohnten hinausgehende Vollmachten zur Durchführung ihres Arbeitsprogramms geben will.

*

## Ein Dementi zu den Gerüchten um Schleicher.

**Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Gerüchte, daß Reichskanzler von Schleicher zurückgetreten sei, falsch. Von Schleicher beabsichtige auch nicht, zurückzutreten, und werde, wie das bereits mehrfach erklärt worden sei, die Entscheidung des Aeltestenrates abwarten und frühestens am Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten von Hindenburg Vortrag halten über die politische Lage und über die Maßnahmen, die möglicherweise zur Verhütung ähnlicher Vorfälle wie in Dresden getroffen werden könnten. Das Gerücht der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, habe am Donnerstag im Reichspräsidentenpalais eine Ministerliste der Harzburger Front überreicht, treffe nicht zu.**

*

Ferner wird von der Reichspressestelle der NSDAP zu der Falschmeldung eines Berliner Abendblattes Stellung genommen, wonach ein Kabinett von Papen gebildet werden solle, dessen Ernennung nur noch von einer Zustimmung Adolf Hitlers abhänge, der bereits in Berlin eingetroffen sei, und erklärt, daß es sich hier um einen aufgelegten Schwindel handele. Er sei offenbar von der Regierung nahestehenden Presseorganen ausgestreut worden, um zur Verwirrung der Lage beizutragen. Hitler befinde sich zur Zeit in München. Es sei außerdem bekannt, daß er seinen Führungsanspruch keineswegs aufgegeben habe.

*

## Die Haltung der NSDAP.

**Hitlers Betrauung mit dem Kanzlerposten erneut gefordert.**

Der Völkische Beobachter schreibt: „Wie wir hören, beabsichtigt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion in der Freitagsitzung des Aeltestenrates keinerlei besondere oder neue Anträge einzubringen. Ihre am 20. Januar geäußerte Absicht, daß im Plenum des Reichstages zunächst einmal über die Winterhilfe und die Beseitigung der sozialen Härten der Julinotverordnung vom vorigen Jahr beraten werden müßte, hat die Fraktion vorerst fallenlassen, weil die Regierung mit der Begründung, daß doch kein Geld vorhanden sei, auch entsprechende Beschlüsse nicht durchführen würde.

**Von einer abermaligen Vertagung des Reichstages bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kabinett den Haushaltsplan von 1933 vorgelegt hat, verspricht sich die Fraktion nichts mehr.**

Falls nicht besondere Ereignisse in der Zeit zwischen dem 27. und 31. Januar eintreten, ist ein Ablauf der politischen Geschehnisse etwa wie folgt denkbar: Der Reichstag tritt, wie beschlossen, am 31. Januar zusammen, um eine Regierungserklärung aus dem Munde des Reichskanzlers von Schleicher entgegenzunehmen. Daran wird sich die große politische Aussprache anschließen, die vielleicht bis zum 4. Februar dauern könnte.

**Wenn es im Anschluß daran zur Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag kommt, so ist seine Annahme mit den Stimmen der Nationalsozialisten nicht zweifelhaft; um so mehr, als keine einzige Partei, ausgenommen die Deutsche Volkspartei, Veranlassung haben dürfte, den Reichskanzler von Schleicher noch länger zu halten.**

Auch Zentrum und Bayerische Volkspartei werden es sich noch gründlich überlegen müssen, ob sie sich etwa, wie von parlamentarischer Seite verlautet, der Stimme enthalten werden. Die Entscheidung, ob am 4. Februar die Auflösung des Reichstages kommt, liegt ganz allein beim Reichspräsidenten. Wir wissen nicht, ob er sich bis dahin zu der Überzeugung durchgerungen haben wird, daß die Krise nur durch Hitlers Betrauung mit dem Reichskanzleramt zu lösen ist."

# Schwere Tumulte im Sächsischen Landtag.

**Sächsischer Landtag.**

(99. Sitzung.) Dresden, 26. Januar.

Präsident Dr. Eckardt wies zunächst darauf hin, daß es eigentlich angebracht wäre, des Tages zu gedenken, an dem

**vor hundert Jahren zum ersten Male die Volksvertretung im Sächsischen Landtag**

zusammentrat. Aber die Ereignisse der letzten Nacht müßten diese Gedanken hinwegscheuchen. Der Landtag kann an diesen traurigen Ereignissen nicht vorübergehen, und deswegen schlage der Vorstand vor, die beiden Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Der Präsident bittet, heute die Begründung der Anträge anzuhören, dann abzubrechen und am nächsten Dienstag in die Aussprache einzutreten, weil inzwischen die Möglichkeit gegeben sei, den genauen Tatbestand aufzunehmen und ein genaues Bild von den Vorgängen zu erhalten. Der kommunistische Abg. Renner forderte, daß heute noch eine Untersuchung eingeleitet werde, an der Mitglieder des Landtages und Besucher der Versammlung beteiligt sein sollten, damit jegliche Verschleierung des Tatbestandes verhindert werde. Er verlangte die sofortige Schlußberatung der beiden Anträge. Bei der Abstimmung setzten sich die Kommunisten, Sozialdemokraten, Staatsparteiler und Abgeordneter Kunath von der Wirtschaftspartei für den kommunistischen Antrag ein, der dadurch angenommen wurde.

**Innenminister Richter**

nahm, bevor den Parteirednern das Wort gegeben wurde, Veranlassung, den Standpunkt der Regierung zu den Vorfällen bekanntzugeben. Die Regierung wie der Landtag, so führte er aus, stehen unter dem Eindruck der Vorgänge der letzten Nacht, die neun Tote und elf Schwerverletzte gefordert haben. Die Regierung könne der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft und das Gericht, von denen volle Objektivität erwartet werden muß, nicht vorgreifen, und sie müsse sich vorbehalten, später erst Stellung zu den Ereignissen zu nehmen. Der Minister gab sodann eine dem Polizeibericht entsprechende Darstellung der Vorgänge und schloß: Die Reichsregierung habe vielleicht etwas voreilig

**die Terrornotverordnung**

aufgehoben und betonte, daß der politischen Agitation unbedingt Schranken gesetzt werden müßten. Die Polizei muß sich den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF